

Special | Coronavirus | Maßnahmen der Regierung

Ost- und Südosteuropa

Die EU-Staaten auf dem Balkan profitieren vom Geldsegen aus Brüssel. Russland setzt stärker auf Investitionen in die Infrastruktur.

27.10.2020

Die Mitgliedschaft in der EU entscheidet in Ost- und Südosteuropa zum einen über den Zugang der Regierungen zu umfangreichen Finanzmitteln und zum anderen über die Zugänglichkeit der Programme für deutsche Unternehmen, die im Binnenmarkt naturgemäß besser ist. Ärmere Länder wie Serbien, Bosnien und Herzegowina oder die Ukraine haben in Vergleich weniger Spielraum und müssen sich im Wesentlichen auf Überbrückungshilfen wie Steuersenkungen oder verlängerte Zahlungsfristen beschränken.

Die Programme der einzelnen Länder im Vergleich (Klick auf Ländernamen führt zum Einzelbericht):

Nationale Coronamaßnahmen in Ost- und Südosteuropa

- ✓✓ = breit zugänglich
- ✓ = begrenzt im Umfang/Zugang
- ✗ = keine Maßnahmen

Dieses Fragment können Sie in folgenden Kontexten finden:

[Europa](#)

Dieser Inhalt ist relevant für:

Belarus / Bosnien-Herzegowina / Bulgarien / Griechenland / Rumänien / Russland / Serbien / Ukraine / Zypern
Außenwirtschafts-, Industriepolitik
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Christian Overhoff

Wirtschaftsexperte

 +49 228 24 993 321

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.